



Ein Trio, das für ein Semester in Leipzig studiert: Rima (links) und Arturas (rechts) kommen aus Litauen. Judit ist Ungarin. Foto: Yvonne Albrecht

Austauschstudierenden profitieren von der EU-Osterweiterung / Hohe Kosten bleiben Problem

Knappes Budget bei wissbegierigen Gästen

An ihre Ankunft in Deutschland denkt Rima ungenau. An der Grenze von Polen kramten Zöllner in ihrem Koffer und durchsuchten ihre Kleidung, all ihre persönlichen Sachen. Wie eine Bürgerin zweiter Klasse fühlte sich die 28jährige Musikwissenschaftlerin, die gerade ihre Doktorarbeit schreibt. „Natürlich haben sie nichts gefunden, denn ich hatte nichts Illegales dabei“. Trotzdem blieb ein unangenehmes Gefühl. Bei ihrem Freund, der die Grenze Mitte Mai passierte, lief es dann besser. In wenigen Minuten war er drüber.

Für Kommilitonen aus den neuen EU-Ländern, die zahlreich an Leipzigs Hochschulen studieren, ist es

nun zwar leichter geworden, in die Bundesrepublik zu reisen und hier ein oder zwei Auslandssemester zu verbringen. Trotzdem bleiben Probleme für jemanden, der in Litauen, Ungarn oder der Slowakei zu Hause ist. Die Preise hier zu Lande sind kaum erschwinglich. „In Leipzig zahle ich 180 Euro für ein Studentenzimmer, in Ungarn sind es nur 25 Euro im Monat“, erzählt die 22jährige Judit Kozmat, die normalerweise in Budapest Germanistik und Linguistik studiert.

Um die Finanzsituation abzumildern, werden die Aufenthalte der osteuropäischen Studenten gefördert. 400 Euro bekommt etwa Arturas Sa-

mas pro Monat von der Erasmus-Stiftung, dem Studentenaustauschprogramm der EU. Der 21jährige Informatikstudent aus der litauischen Hauptstadt Vilnius finanziert mit dem Geld Miete, Essen und Bücher in Leipzig.

An diese Stipendien gelangen die Studenten seit der Osterweiterung leichter. Sie können sich für Projekte bewerben, die von der EU gefördert werden. Judit ist begeistert vom Zusammenwachsen Europas: „Bisher haben wir uns nach Osten orientiert, nun schauen wir nach Westen. Ungarn liegt jetzt nicht mehr am Rand Europas, sondern zentral“.

Annette Walter, Yvonne Albrecht

Medizinforschung

Warum ein Polyp zum Krebs wird

Leipziger Forscher haben herausgefunden, wie aus harmlosen Ausstülpungen im Darm bösartige Tumore entstehen. Damit ist nicht nur klar, dass Menschen durch Darmkrebs-Vorsorge ihr Leben retten können, sondern auch, warum das so ist. Dass die Ausstülpungen, wegen ihrer Form auch Polypen genannt, früh entdeckt werden müssen, ist für Mediziner nichts Neues. Denn nur dann können sie herausoperiert werden. Experten vom Interdisziplinären Zentrum für Klinische Forschung (IZKF) arbeiten daran, diese Früherkennung einfacher zu machen. Bisher gab es dafür zwei Möglichkeiten: den „Blut-Stuhl-Test“ oder eine Darmspiegelung. Mit beiden ist Projektleiter Kurt Engeland unzufrieden: „Der Test ist unzuverlässig, die Spiegelung zeitaufwändig und sehr unangenehm“. So lange noch nichts weh tut, verzichten deswegen viele gefährdete Menschen auf jede Art der Vorsorge. Dabei, so der Biochemiker, sei gerade Darmkrebs ein Paradebeispiel dafür, wie man dank Vorsorge Leben retten kann. Aber wenn es schmerzt, sei es oft schon zu spät.

Um mehr Leute zu vorbeugenden Untersuchungen zu bewegen, wünscht sich Engeland einen Test, der einfach und zugleich genau ist. Zwar gibt es den noch nicht, aber sein Forschungsergebnis könne dafür eine Grundlage sein. Bislang wussten die Ärzte nicht, warum sich der harmlose Polyp in ein bösartiges Krebsgeschwür verwandelt. Engeland brachte dies mit den Molekülen „p53“ und „Tcf-4“ in Zusammenhang. Die beiden Molekülverbindungen sind Gegenspieler bei der Zellteilung. Gefährlich ist „Tcf-4“, weil es die Gewebebildung anregt und die Zellteilung beschleunigt. „p53“ wiederum ist ein „Tumor-Suppressor“, der die Zellteilung bremst und verhindert, dass der Polyp schnell bösartig wird. Dadurch wird die Wirkung des „Tcf-4“ aufgehoben. Zwar wächst der Polyp, er bleibt aber ungefährlich. Erst wenn „p53“ selbst durch eine Mutation geschädigt wird, kann es nicht mehr als Bremse wirken. Dann kommt es zu mehr Zellteilungen, ein Krebsgeschwür entsteht. Aus dieser Erkenntnis eine effektive Früherkennungsmethode zu entwickeln, ist für Engeland und seine Kollegen nun der nächste Schritt.

Ulrich Mendelin

Campus-Meinung

Charmant, aber chancenlos

Von FRANK SCHUBERT

Auf den ersten Blick hat der Ansatz der Gruppe der 50 durchaus Charme: Die Studenten appellieren nicht einfach an „die Politiker“, doch bitte, bitte mehr Geld für die Hochschulen locker zu machen. Stattdessen tragen sie ihre Forderungen an eine Partei heran, die zumindest theoretisch Chancen hat, nach der Landtagswahl in Sachsen mitzuregieren. Gelernt ist gelernt, schließlich besteht die Gruppe im Kern aus angehenden Politikwissenschaftlern und Soziologen. Sie wissen, dass der SPD diese Unterstützung äußerst gelegen kommt. Eigene Umfragen der G50 haben ergeben, dass die Sozialdemokraten bei der studentischen Wählerschaft noch gewaltige Reserven haben.



Das Verhältnis zur Partei ist gleichzeitig die Crux des Konzepts: Schlägt sich die Gruppe zu eindeutig auf die Seite der SPD, verliert sie an Glaubwürdigkeit bei nicht von vornherein den Sozialdemokraten nahe stehenden Kommilitonen. Deshalb will die Initiative von einer strategischen Partnerschaft mit der SPD plötzlich nichts mehr wissen. Wenn die Gruppe aber nur allgemein zum Wählen aufruft, verliert der Ansatz an Sprengkraft. Ein weiteres Manko: mangelnder Realismus. Dass die CDU in Sachsen die absolute Mehrheit verliert, ist äußerst unwahrscheinlich. Und selbst wenn sie einen Juniorpartner in die Regierung aufnehmen muss, wäre dieser wohl nicht stark genug, einen derart radikalen Kurswechsel in der Hochschulpolitik durchzusetzen. So trägt die Gruppe der 50 bestenfalls zu einer erhöhten Wahlbeteiligung unter den Studenten bei. Immerhin: Sie verschafft der Stadt Leipzig ein paar neue Bürger.

Campus kompakt

Was für Zwischendurch sind die Kurzausstellungen der Hochschule für Grafik und Buchkunst. Um Zeiten und Räume zwischen den großen Ausstellungen zu nutzen, gibt es die Reihe „In Between“. Studenten stellen für wenige Tage ihre Projekte vor. Am 22. Juni zeigt Alexej Meschtschanow Fotografien und Bildhauererlei zum Thema „Ketten“.

Nur für Frauen gedacht ist ein Workshop zur Strategischen Positionierung von Airlines im Wettbewerb mit Billigfliegern am 18. und 19. Juni an der Handelshochschule Leipzig. Dabei kann frau sich zugleich über die Studienbedingungen an der Hochschule informieren. Infos unter www.hhl.de.

Wahluhr hat ausgetickt

Studentische „Gruppe der 50“ erzürnt dennoch den Wissenschaftsminister

Der konstruktive Streik im Wintersemester ist Schnee von gestern. Jetzt versucht eine neue Hochschulinitiative mit anderen Mitteln, Politik zu machen. Obwohl sich die so genannte „Gruppe der 50“ (G50) als überparteilich bezeichnet, hat sie sich die Abwahl der sächsischen CDU-Landesregierung auf die Fahnen geschrieben. Was die Opposition mit Wohlwollen wahrnimmt, verurteilt die Regierung als parteipolitische Mobilisierung der Studenten.

Rot prangt die „Wahluhr“ am Treppenaufgang des Geisteswissenschaftlichen Zentrums (GWZ) der Uni in der Beethovenstraße. Der Countdown zur Landtagswahl am 19. September läuft – die Uhr zählt die Tage bis zum Urnengang. Aufgehängt wurde sie von der G50, einem Zusammenschluss von anfangs 50 Jungakademikern, die sich ihrem Selbstverständnis nach überparteilich für hochschulpolitische Themen einsetzen. Doch die Idee mit der Uhr verursacht der Uni Bauchschmerzen. Zunächst prophezeite das schwarze Ziffernblatt auf dem roten Stoffbanner sogar den „Sturz der Landesregierung“. Doch dies war nicht so recht mit dem vom Wissenschaftsminister eingeforderten Neutralität der Hochschulen vereinbar. Also wurde die Uhr entschärft – es ging nun nur noch um die „Abwahl der Landesregierung“. Vor Pfingsten veranlasste Uni-Kanzler Peter Gutjahr-Löser eine erneute Überarbeitung. Er ließ das Banner abnehmen, nun darf es nur noch um die „Neuwahl der Landesregierung“ gehen.

Mit der ursprünglich angestrebten Überparteilichkeit hat die G50 auch an anderen Fronten zu kämpfen. Zusammengefunden haben sich die Studenten und Doktoranden während des Uni-Streiks im letzten Semester. Mit dem Streikkomitee habe die Gruppe aber nichts zu tun, betont Sprecher Jan Hanisch. „Wir wollen realpolitisch etwas erreichen“, erklärt der Philosophiestudent. Ziel sei die Verbesserung der Studienbedingungen an den Hochschulen im Freistaat, die in den vergangenen Jahren „kaputt gespart“ worden seien.

Dazu hat die G50 ein umfangreiches Programm entwickelt. Die Forderungen reichen vom Verzicht auf Studiengebühren über mehr finanzielle Mittel für wissenschaftliche und studentische Hilfskräfte bis hin zu einer leistungsbezogenen Bezahlung der Professoren. Erreicht werden soll der Politikwechsel durch eine strategische Partnerschaft mit der SPD. So steht es zumindest in einer bei einem Kongress zum Thema „Hochschule der Zukunft“ verteilten Pressemappe der G50.

Ausgerichtet wurde die Tagung von der SPD-Landtagsfraktion, den sächsischen Jusos und den Juso-Hoch-

schulgruppen. Dabei machte sich die G50 bereits Gedanken, wie man Jungwähler für die Sozialdemokraten gewinnen kann. Die Ideen reichen von gesponserten Bierkästen bei Abi-Feten bis zu einem hipperen Erscheinungsbild der Spitzenkandidaten.

Sprecherin Mandy Timm beharrt jedoch offiziell darauf, dass die G50 keine derartige Allianz mit der SPD eingegangen sei und überparteilich bleibe. Direkten Kontakt zu Sachsen Sozialdemokraten gebe es nicht, lediglich über die Jusos habe man einige Ideen an die Partei herangetragen. Dennoch: Mit dem Hochschulteil im Wahlprogramm der SPD sind Heineisch und Timm durchaus zufrieden. Demnächst soll auf der Website der Gruppe ein Vergleich der verschiedenen Wahlprogramme präsentiert werden.

Zuletzt versuchte die G50 mit Infoständen möglichst viele Studenten zum Ummelden nach Sachsen zu bewegen, um den Landtag mitwählen zu können. Dafür muss man spätestens drei Monate vor der Wahl seinen Hauptwohnsitz im Freistaat haben. Diese Kampagne wird sogar von der Stadt Leipzig unterstützt. Parteipolitische Empfehlungen enthält sich die G50 bei derlei Aktionen. Plakate mit dem bekannten Uncle-Sam-Motiv appellieren lediglich: „We Want You For Landtagswahl!“ Jan Heineisch erklärt: „Wir wollen die Studenten dafür sensibilisieren, dass durch die Wahl über die Hochschulpolitik der nächsten Jahre entschieden wird“.

Wissenschaftsminister Matthias Röbber nimmt die Initiative durchaus ernst. Sie wolle „die Studenten parteipolitisch mobilisieren und vor den Karren der Landtagsopposition spannen“, urteilt der CDU-Politiker. Der hochschulpolitische Sprecher der christdemokratischen Landtagsfraktion, Roland Wölter, kritisiert, die G50 zeichne ein „Zerrbild“ der sächsischen Hochschullandschaft und rede „in unverantwortlicher Weise den Hochschulstandort Sachsen“ schlecht.

Das sieht der SPD-Landtagsabgeordnete Cornelius Weiss ganz anders: „Diese Initiative leistet kompetente Arbeit. Sie hat klar formulierte Ergebnisse hervorgebracht.“ Er selbst arbeite eng mit der Gruppe zusammen. Sie werde aber nicht von der SPD beeinflusst und verführe, anders als von Minister Röbber unterstellt, auch niemanden. „Diese Äußerung ist eine der für diesen Mann charakteristischen Schwarz-Weiß-Malereien“, so der frühere Leipziger Uni-Rektor.

Auch die hochschulpolitische Sprecherin der PDS, Heike Werner, lobt

Abgehängt: Hannes Sibbor von der „Gruppe der 50“ musste die im Geisteswissenschaftlichen Zentrum der Uni installierte Landtagswahluhr inzwischen wieder demontieren.

Foto: Frank Schubert



das politische Engagement der Gruppe. Dass sie sich mehr oder minder deutlich auf die Seite der SPD schlägt, ist aus ihrer Sicht natürlich problematisch: „Aber die Wähler sind ja in der Lage, sich selbst eine Meinung zu bilden. Wichtig ist, dass die Leute überhaupt wählen.“

Das Ziel der G50 ist hoch: Laut einer Umfrage des Leipziger Instituts für Marktforschung vom Mai ist die absolute Mehrheit der CDU in Sachsen nicht gefährdet. Die Union kommt demnach auf 55 Prozent, die PDS auf 18 und die SPD auf 17 Prozent. Der Leipziger Politik-Professor Christian Fenner hält deshalb das

Ziel der G50 – den Machtwechsel im Freistaat – für unrealistisch. Wer es erreichen wolle, müsse dies mit der CDU tun, nicht gegen sie: „Im Grunde müsste man die CDU dazu bekommen, einzusehen, dass Gut- und Besserverdienende mit in die Finanzierung der Hochschulen einbezogen werden müssen. Schließlich ist unser Land nicht ärmer geworden, das Geld muss umverteilt werden.“ Die Gruppe der 50 glaubt aber nicht, dass die CDU offen dafür ist. Deshalb zählt sie weiter die Tage bis zur Landtagswahl.

Frank Schubert, Ellen Reglitz, Frank Hagenauer
Lesen Sie dazu auch die Campus-Meinung

Gekündigte Räume

Die Uni hat der PDS-Hochschulgruppe jüngst Veranstaltungsräume gekündigt. „Aus parteipolitischen Gründen“, glaubt Heike Werner von der PDS und verweist auf eine zuvor von der SPD an der Uni abgehaltene Zusammenkunft. SPD-Mann Cornelius Weiss dazu: „Diese Veranstaltung war kein Wahlkampf, sondern eine wissenschaftliche Veranstaltung.“

Weiter Ausflug

Professor Josef Käs, Experte für die Physik weicher Materie an der Uni, richtet jetzt mit finanzieller Hilfe der Unesco eine Sommerschule in der iranischen Stadt Zanjan aus. Die teilnehmenden Studenten kommen aus vielen Ländern.

Korrektur-Box

Alexander Rädke, wissenschaftlicher Assistent an der Juristenfakultät, stellt zum Beitrag „Video-Kontrollen außer Kontrolle“ auf der Campusseite vom 13. Mai klar: Ich wurde mit der Behauptung zitiert, „in der wiedereröffneten Uni-Bibliothek (konnte) zu diesem Zeitpunkt ... (der Wiedereröffnung) von keinem akuten Zweck, etwa Diebstahlproblemen, ausgegangen werden, der eine Videoüberwachung gerechtfertigt hätte.“ Auch soll ich geäußert haben, dass es genügend Personal für eine Gewährleistung des störungsfreien Bibliotheksablaufs in den Räumen gibt. Beides habe ich so nicht gesagt. Ich habe lediglich in rechtlicher Hinsicht bemerkt, dass, wenn es einen solchen Zweck der Videoüberwachung (Prognose: „störungsanfälliger Bibliotheksbetrieb“) nicht gegeben hat oder, wenn es im Einzelfall genügend Personal gibt, das diesen Zweck schon ausreichend durch Beaufsichtigung der Räume etc. erfüllen kann, die Erforderlichkeit einer Videoüberwachung von Gerichten bezweifelt werden dürfte.“

„Ach ja, Leipzig!“

„Diese Erpressung hat mich ziemlich erschüttert“

geisterung war ich angehender Lehrer. Später habe ich allerdings angesichts der Verhältnisse an den Schulen gedacht, eigentlich ist es ganz gut, dass Du nicht „Pauker“ geworden bist. Pädagogen haben heutzutage meine Hochachtung bei ihrem beileibe nicht leichten Job.

Haben Sie sich als Student politisch betätigt?

Ja, aber keineswegs aus Überzeugung! Wir bekamen damals ein Stipendium. Wenn eine Demonstration gegen irgend eine „imperialistische Macht“ oder deren „imperialistische Pläne“ anberaumt war, wurden wir zu diesen Demos „beordert“. Offiziell waren sie natürlich spontan und freiwillig. War jemand des Öfteren abwesend, konnte es schon mal sein, dass er ein paar Mark weniger Stipendium er-

hielt. Ich bin meistens hingegangen, weil ich mir gesagt habe: Warum soll man gegen den Strom schwimmen.

Erinnern Sie sich noch ans Studentenleben?

Ich weiß noch, dass ich damals 25 Mark für mein Zimmer hinblättern musste. Das muss man sich heute mal vorstellen! Ich habe mit einem Kommilitonen in der Gustav-Adolf-Straße bei einer Frau Fischer gewohnt, in einer „großbürgerlichen Wohnung“ mit mehreren Zimmern. Auf Wunsch erhielten wir Essen, manchmal wusch sie auch die Hemden. Ich habe mich da sehr wohl gefühlt. Acht oder neun Jahre, nachdem ich weggegangen war, besuchte ich die Dame noch mal. Ich werde nie ihr überraschtes Gesicht mit dem kurzsichtigen Blick vergessen, als sie die

Tür öffnete und sächselte: „Ich wusste ja, der Joachim kommt noch mal“.

Warum gingen Sie in den Westen?

Ich wurde eines Tages gefragt, ob ich mich nicht der NVA anschließen wolle, zur Verteidigung der sozialistischen Errungenschaften. Wollte ich aber nicht. Wenig später begann man, Druck auszuüben. Damals durfte man noch West-Berlin durchfahren. Wir hatten dort Verwandte. Die habe ich gelegentlich besucht. Nun sagte man zu mir, dass ich als angehender Staatsfunktionär dort nicht aus der Bahn steigen dürfe. Ich wurde also gezwungen, mich zu entscheiden: DDR-schädigendes Verhalten – beim Klassenfeind am Bahnhof Zoo aussteigen –, dafür Wiedergutmachung durch „freiwilliges Melden“ zur NVA. Diese Erpressung hat mich ziemlich erschüttert. Als ich in den Ferien zu meinen Eltern kam, habe ich ihnen meinen Entschluss mitgeteilt, die DDR zu verlassen. Interview: Anna Pröhle



Studierte einst Pädagogik in Leipzig und ist seit 30 Jahren bekannt als Mr. Tagesschau: Jo Brauner Foto: NDR

Damals an der Universität: In lockerer Folge stellen wir Persönlichkeiten vor, deren Karriere in Leipzig begann. Heute: Jo Brauner.

Jo Brauner ist seit 1974 Sprecher bei der Tagesschau. Er wurde am 29. November 1937 in Nimptsch/Niederschlesien geboren und studierte von 1955 bis 1958 Deutsch und Pädagogik in Leipzig. Einige Monate nach dem Staatsexamen ging er in den Westen, seit 1964 arbeitet er für den NDR.

Frage: Wie kam es zum Studium in Leipzig?

Jo Brauner: Es gab zu wenig Pädagogen in der DDR der fünfziger Jahre. Ich hatte den Wunsch, Deutschlehrer zu werden. Den Universitätsweg wollte ich aber nicht beschreiten. Die Alternative dazu war zu dieser Zeit ein Studium am Pädagogischen Institut in Leipzig.

Was reizte Sie am Lehrerberuf?

Ich fand ihn interessant und konnte schon als junger Mensch mit Kindern gut umgehen. Mit Be-

Campus Leipzig ist ein Gemeinschaftsprojekt der LVZ und des Diplom-Studiengangs Journalistik der Uni Leipzig, gefördert von der Sparkasse Leipzig. Die Seite wird von der Lehrredaktion unter Leitung von Prof. Dr. Michael Haller betreut. Redaktionelle Verantwortung dieser Ausgabe: Annette Walter und Ulrich Mendelin. Campus ist erreichbar unter campus@uni-leipzig.de.